

Hallesche Neueste Nachrichten

Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt durch den Postzuschlag 1.60 Reichsmark, durch den Postzuschlag 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.00 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Einmal die halbesährliche Ausgabe: 7.50 Reichsmark. Die Anzeigen werden nach Rubrik-Zeilen berechnet: die Zeile 0.25 Reichsmark für fünfzig, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung“ erschienen, besonders Ermäßigung. Verlagsort: Halle, Druckerei: Druckerei „Hallesche Zeitung“.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

In Bad Wildungen verstarb im Alter von 79 Jahren der bekannte Zentralführer Dr. Peter Spahn. Er war seit 1912 Vorsitzender der Zentralführung des Reichstages. Im Jahre 1917 wurde er preussischer Kultusminister. 1908 wurde er Reichspräsident, 1912 Präsident des Reichstages. Aus seiner parlamentarischen Tätigkeit ist besonders sein entscheidendes Eintreten für die Weimarer Verfassung zu erwähnen. Er ist der Vater des bekannten Historikers und deutsch-nationalen Abgeordneten Prof. Dr. Martin Spahn.

Nach einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Regierungen ist zu erwarten, dass es sich im Hinblick auf die Vorlegung des Arbeitergerichts-Gesetzes, Neuwahlen der Richter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte schon wegen der damit verbundenen erheblichen Kosten möglichst zu vermeiden. Als geeigneter Weg hierfür wird eine Verlängerung der Amtsdauer der Richter durch entsprechende Statutenänderung empfohlen.

Wie der Hauptgeschäftsführer des amerikanischen Arbeiterverbandes mitteilt, werden Vertreter desselben am 25. September in New York eintreffen, um die amerikanischen Arbeiterverhältnisse zu studieren. Sie werden auch an dem am 8. Oktober beginnenden Verbandstag teilnehmen.

Entw. Berliner Meldungen werden die japanischen Flieger, die vor einigen Tagen in Ostasien gelandet sind, auch der deutschen Reichshauptstadt einen Besuch abstatten, nachdem die russische Regierung die Genehmigung zum Weiterflug gegeben hat.

Die Londoner „Times“ melden aus Berlin, dass die deutsche Regierung bei den alliierten Regierungen am 31. August eine neue Demarche betreffend der Räumung der ersten Rheinzone unternehmen habe. Ueber die Währungsfrage für die Kölner Zone melden die „Times“, dass zwei Währungsanträge aus England abgehen, am 2. und am 16. September.

Der Pariser „Matin“ meldet: Der französische Minister hat am Montag beschlossen, dass der Kopfstand der französischen Besatzungsarmee in Deutschland auch für September unverändert zu bleiben hat.

Die Rheinabkommenskommission hat beschlossen, dass die am 10. und 11. August zum Reichstag abgenommenen Steuererlässe in den besetzten Gebieten sofort in Kraft treten können.

Die Stadtverwaltung Bonn veröffentlicht ein Schreiben des französischen Oberleutnants, in dem dieser beide Anträge von Zimmern und Weisertoren bei Anzeigen und ähnlichen Anlässen verbietet.

Als erste Stadt der nördlichen Teil 1918 besetzten Rheinabzone hat die von belgischen Besatzungstruppen besetzte Stadt Cleve eine Währungsreform erlassen. Die Truppen wurden zurückgezogen, die Kasse wurde der Stadtverwaltung übergeben. Es verblieb eine unifizierbare Besatzung, bestehend aus dem Delegierten und einigen Mann Gendarmen am Ort.

Nach einer Havasmeldung aus Mex. soll ein spanisches Truppentransportschiff auf der Fahrt nach der Abwesenheit mit Truppen an Bord gefahren sein. Der Kommandant des spanischen Dampfers „Alfonso XIII.“ ist bei einer Kreuzfahrt in der Abwesenheit verstorben worden. Havas berichtet aus Mex. in der Nacht zum 1. September ist im Flugzeugpark von Mex. eine Feuerbrunst ausgebrochen. Der Schaden ist angeblich nicht beträchtlich. Man vermutet ein kommunistisches Attentat.

In Konstantinopel haben französisch-türkische Verhandlungen über den Abschluss einer Konvention, Vereinigung und einer Außenfahrtsvereinbarung für französische und türkische Untertanen begonnen. Die Bedeutung der Verhandlungen liegt in dem Gegensatz zwischen England und Frankreich gegenüber der Türkei.

Der Bergarbeiterstreik, der in den letzten Tagen in den Vereinigten Staaten ausbrach, betrifft 828 Schächte und 272 Bergbauunternehmen, die 135 verschiedenen Gesellschaften in 10 Distrikten des Staates Pennsylvania gebildet, 158 000 Bergarbeiter sind daran beteiligt. Die Arbeitseinstellung soll sich ohne Außerordnungen; man rechnet auch damit, dass sie weiterhin unterbleiben, da die Gewerkschaften auf das Aufstellen von Streikpöten verzichtet hat.

Aus Washington wird amtlich bekanntgegeben, dass die italienische Kommission zu Verhandlungen über die Regelung der Kriegsschulden Italiens an Amerika am 16. Oktober eintreffen wird.

Kommunistenhererschaft in ganz China?

Die Sowjets in Mukden.

Die konservative Londoner „Morning Post“ bringt aus Peking eine Meldung von unabhäufiger Tragweite:

Die Sowjetbewegung in China hat von Mukden, wo eine Käterierung sich seit Sonntag gebildet hat, auch auf Schanghai und Peking übergriffen. In beiden Städten ist es zum Zwecke der Ausübung von Sowjets gekommen. In Schanghai wurde der Sowjet nach zwölfstündiger Dauer aufgehoben, doch scheinen neue Uebergriffe bevorzustehen.

Falls besonders die Nachricht der Erziehung der Sowjethererschaft in Mukden sich bestätigt, so ist Schanghai bisher ein Volkswort gegen Ausland, was die Regierung als ungeheuer ernst angesehen werden. Es ist nahezu ausgeschlossen, daß ein derartiges Vordringen des russischen Einflusses nicht in aller nächster Zeit schon zu einer

blutigen Entscheidung in dem großen Weltgegend anruer Zeit; zwischen England und Ausland führt. Die gemäßigten und von feindlich innersowjetischen Ermäßigungen bestimmten Verhandlungen über den Sicherheitspakt werden dann natürlich von den eigentlich entscheidenden Beteiligten überholt werden, und wie Deutschen werden gezwungen sein, stellvertretend früher zu dem großen Kampf Stellung zu nehmen als wir heute ahnen.

General Wupeifu, der besiegte Gegner Tschangschins, hat durch einen Erlass die seiner Autorität unterliegenden Provinzen in Mittelschina für unabhängig von der Zentralregierung erklärt. Da die Zentralregierung an die internationalen Verträge und Abkommen mit den Westmächten gebunden ist, ist auch dieser Schritt Wupeifus als gegen die Westmächte gerichtet anzusehen und somit im Sinne Sowjetrußlands.

Der Kampf gegen die Not.

Eisenbahnerstreik / Preisabbau

Der drohende Eisenbahnerstreik ist mit der Bereitwilligkeit der Reichsbahnerverwaltung, von sich aus die Löhne zu erhöhen, wieder beiseite gedrängt. Vielmehr läßt die scharfe Sprache des Führers der Eisenbahnerbewegung keinen Zweifel daran, daß die Eisenbahner unbedingt an der Erfüllung ihrer Forderungen festhalten.

Es liegen Berichte über Eisenbahnerverhandlungen aus 11 Direktionsbezirken vor, die einstimmig die Aufrechterhaltung der von den Organisationen überreichten Forderungen beschließen haben, ferner aber auch die Bereitschaft der Eisenbahner, bei Nichterfüllung bis 15. d. M. in den Streik zu treten. Die Berliner Verammlungsbevollmächtigten lauten bereits auf Streik zum 10. Sept. Die laufende Woche wird hier die Entscheidung bringen. Die Zugeländnisse der Reichsbahn bringen den Etat der Reichsbahn um schätzungsweise 120 Millionen Mark pro Jahr, die Erfüllung der Forderungen der Eisenbahner würde dem mindestens vierfachen Betrag ergeben. Der Schlichter hat beide Parteien nochmals zu Besprechungen für heute geladen.

Die Streikbewegungen in Australien und anderen englischen Kolonien, die Salung und getieren mitgeteilten Erklärungen der englischen Bergarbeiterführer Cook und die Agitation in Frankreich lassen deutlich erkennen, daß das eigentliche treibende Element bei diesen Vorgängen die Kommunisten sind. Das gilt auch von den Forderungen unserer deutschen Eisenbahner, das Material wird nur — nicht von ihnen sicher nicht benutzt — vorgehalten, ist nur dem Material des Politischen, der kommunistischen Revolutionsverläufe.

Der Kampf um den Preisabbau und das letzte Vorgehen der Gewerkschaften hat zu einer neuen Konferenz im Reichsernährungsamt geführt. Wie

wir erfahren, werden in den nächsten Tagen weitere Verhandlungen zur Preisreitung ergehen. Das Schwerkzeug wird nunmehr auf die Nützeuerung der Landesregierungen an die Volkseigenverwaltungen gelegt. Für Preußen hat der Innenminister bereits Vorschläge an die größeren Volkseigenverwaltungen ergehen lassen.

Gegen den Vorwurf der Gewerkschaften, die Preisabbauverhandlung der Regierung habe verlagert, wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß eine unmittelbare Wirkung der Abbaumaßnahmen sich frühestens in acht bis zehn Tagen auswirken könne, daß aber der Entschluß der Regierung ein so feiter und unbedauerlich ist, daß sie auch im letzten Falle vor Zwangsmaßnahmen als Notvorkehrungen nicht zurückzudenken würde.

Wirtschaftlich liegen am Monatsende trotzlose Zahlen vor. Angekamt haben im August im Reich 73 Großbetriebe wieder Freiheitszeiten einzulegen müssen. 15 Großbetriebe haben ihre Unternehmungen ganz oder zu 50 % stillgelegt. Entlassungen in den Betrieben, die über 25 Personen beschäftigen, sind gegen insgesamt 46 000 Arbeiter und Angestellte ausgesprochen worden.

Diese Zahlen zeigen, daß das Gelingen oder Mislingen der Preisabbauaktion der Regierung außer von entscheidender Bedeutung ist, und daß alle Kräfte, die sich gegen die Preisabbauverhandlungen, damit nicht nur eine den Sturz der jetzigen Regierung, sondern eine neue Revolution mit herbeiführen. Denn durch Sturz der Regierung, der außer nicht, wird die Not also nicht gelindert, wird aber die innere Ruhe zerstört und die Bahn für den kommunistischen Terror der Straße freigelegt.

Die Londoner Juristenkonferenz.

Die erste Sitzung der juristischen Sachverständigen Deutscherlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens begann gestern vormittag im forenigen Office.

Wie der amtliche britische Funkdienst meldet, wird wahrscheinlich den Verhandlungen der Patentverträge zugrunde gelegt, den Briand und Chamberlain bei ihrer kürzlichen Zusammenkunft verhandelt haben.

Die Verhandlungen fangen ja gut an: „Ist Vogel oder Hirt!“

Die Londoner „Evening Times“ melden: Von der ersten Zusammenkunft der vier Sachverständigen am Montagnachmittag ist zu sagen, daß sie in konzipierten Formen verlaufen ist. Der deutsche Ministerdirektor Dr. Gauß erklärte im Namen seiner Regierung, daß sie die ernsthafte Absicht habe, alle juristischen Schwierigkeiten in dieser Vorbereitung so zu klären, daß die Lösung der Punkte bereits zum Abschluss des Vertrags kommen könne. — Wir wollen hoffen, daß die Behauptung des Londoner Wortes über die angebliche Erklärung des Ministerdirektors Dr. Gauß nicht zutrifft. Denn daß die Aufzählung unter sich den geplanten Vertrag für fertig absehlichen sollen, ist keinesfalls angängig, selbst wenn sie sich die nachträgliche Genehmigung durch die Parlamente vorbehalten. Bei dem Fakt handelt es sich ganz einfach darum, ob wir auf die Möglichkeiten einer Bündnispolitik

mit Rußland, mit Amerika, mit Italien oder mit mehreren dieser Staaten verzichten und uns mit unseren erbittertesten Feinden England und Frankreich verbünden sollen, was nach menschlichen Ermessen zum Krieg gegen Rußland führen wird.

Der Sicherheitspakt bedeutet also Entscheidungen, die wesentlich weittragender als der Bismarckische Dreibund mit Österreich und Italien waren, der uns, was Defensibel anlangt, den Weltfrieden und, was Italien anlangt, einen Beweis geliefert hat, daß wir trotz des Bündnisses vor Angriffen — im jetzigen Falle vor einem Angriff Frankreichs — keinerlei Sicherheit haben. Es geht um das Schicksal der jetzigen und der heranwachsenden Generation, die Entscheidung darüber kann nur nach dem Prinzip der Erörterung und Zustimmung der Volkstretreiter erfolgen. Denn haben die Außenminister „vorbehaltlich Genehmigung“ erteiligt, so weiß man, wie es bei uns im Reichstag geht: er steht vor fertigen Tatsachen und muß wählen zwischen Annahme oder Nichterzeugung. Kommt es aber zur Reizeung, so hält die Volkspartei zu ihrem Führer Dr. Stresemann, die Rechte kommt in die Minorität, die neue Regierung wird eine Unterregierung und die nimmt das Abkommen natürlich an. Praktisch — und also das von der Londoner Zeitung dem Dr. Gauß in den Mund gelegte Vorgehen, daß das Außenministerabkommen, so wie es ist, im Reichstag auf jeden Fall zur Annahme gelangt, entweder mit der jetzigen oder mit einer neuen Regierung. Eine wirklich freie, dem Ernst der Lage entsprechende Entscheidung wird also unmöglich.

Daß die Militären uns in diese Zwangsfrage hineinziehen, unsere Außenpolitik von vornherein durch unsere Innenpolitik lahmlegen — also das, was ihnen so erfolgreich zum deutlichen Kriegszwangsmaßstab mitgeholfen hat, wiederholen wollen, ist sehr bedauerlich. Aber um so notwendiger ist, daß wir uns vor dieser Zwangsfrage hüten und uns die Freiheit des Entschlusses wahren.

Wahlrecht der Auslandsdeutschen.

Erst vor kaum 50 Jahren entbotte das deutsche Volk, das es eine breite Seeflotte hat. Bis dahin wurden das nur einzelne, die übrigen waren ohne, rechte Landströmer in ihrem Denken und Tun. Seither hat sich das etwas geändert, aber die breite Masse, die 50 Millionen von den 60 Millionen, die sind in ihrem Denken Binnenlandsmenschen geblieben. „Weile im Lande und nicht die rechtlich“ ist ihr Grundgedanke. Das ist natürlich nicht nur durch die zentrale Lage unseres Landes, sondern auch durch das Nachwirken tausendjähriger Gewohnheit. Aber es ist nicht nur in einer Zeit, deren wirtschaftliches Schwergewicht auf dem Weltmarkt liegt. Das die Engländer die die Zeit vorher alle alle anderen Staaten überstiegen, sich schneller und fester angepaßt haben, hat ihnen den unerhörten Aufschwung zum kleinen und armen Bauern- und Hülfsvolk zum weltbeherrschenden, reichen Staat gebracht.

Wir denken auch heute noch ebensolcher Weltzeiten, wie unterer Binnenlandsbewohner ist. Jede beliebige englische Zeitung zeigt das durch den weiten Raum, den die Auslandsnachrichten einnehmen. Jede englische Familie, die mehrere Söhne hat, weiß es dadurch, daß sie ihre Söhne im Ausland sitzen hat. Fast das einzige Unterhaltende, was außer dem Sport die typische englische Familie dem Fremden zu bieten hat, sind Berichte über alle die Verwandten, die draußen in der Welt verstreut sind. Wenn man unter „Engländer“ in London liest, liest er meist „Engländer“ wie ein Dorf zusammen, denn überallhin haben sich englische Verwandtschafts- und Freundschaftsbände, wie bei uns nur in die nächste Nachbarschaft. Und kein Zufall ist es, daß das Radio in England so verbreitet ist, man hat viel zu viele von ihnen leben in China, Australien, Indien, ganz Afrika, Süd- und Nordamerika sitzen, als daß man ihnen alle die Briefe schreiben könnte, die man schreiben soll und möchte; also redet das Radio ihnen von der fernsten Welt.

Wenn eine deutsche Familie die nicht gerade an der Wallfahrt wohnt, einen Sohn oder Neffen auch nur in Italien oder Konstantinopel wohnt hat, dann wird sie schon angeklagt. Wenn einer gar in Jodabaga oder Sidon oder Santiago de Chile oder San Francisco wohnt, „nein, wie interessant!“ Dem Engländer ist das gar nicht interessant, sondern selbstverständlich. Trotzdem waren es in den letzten Jahrzehnten Jahrzehntausende von Deutschen geworden, die durch die Welt verstreut sind. Und das ist die Auslandsdeutschen, auf die die große Berliner Tagung der Auslandsdeutschen jetzt die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit gelenkt hat. „Was machen die Leute eigentlich da draußen, konnten sie nicht eben so zu Haus bleiben, wie in Deutschland, was machen die sich einfach ihnen verbannt wie in erster Linie, daß wir für unsern Ueberflus an Industriearbeitern Absatz im Ausland finden und unsere überflüssige Industrieproduktion exportieren konnten. Denn daß das Ausland gut und billig liefert, genügt das aus nicht, die Ware mußte auch befördert werden und an den Mann gebracht werden. Und das botorgten die Auslandsdeutschen, diese anerkannt fleißigen und besten Handelsvertreter der Welt, denen selbst der Amerikaner den Rang nicht ablaufen kann.

Als sie während des Krieges aus dem meisten Ländern der Welt ausgewiesen wurden und allmählich an den heimatländischen Strand trieben, meiste der Binnenlandsbewohner erst etwas davon, wieviel es waren. Inzwischen hat er es so ziemlich wieder vergessen. Das ist die Entscheidungsforderung an den Staat stellen, findet er lässig, denn das wenige Geld braucht das Ausland.

Nun kommen diese Leute, soweit sie im Ausland wohnen bleiben, zu Hunderten nach Berlin angezogen und ändern neue Wünsche. Sie verlangen sie das Wahlrecht. Das heißt gerade noch! Denn diese Leute paßen doch in keine der vielen Parteien richtig hinein, in die die Inlandsbewohner nach vieler Mühe wie in Spüßbüchern angebracht sind.

Es denkt der Binnenlandsbewohner Spießer. Und er hat recht vor seinem Standpunkt. Nur der Standpunkt ist falsch. Denn warum sollen diese Deutschen, die genau so deutsch sind wie wir, die für die Gesamtheit der Binnenlandsbewohner durch die Wahlrecht nicht mehr leisten durch ihre Auslandsstätigkeit als der durchschnittliche Binnenlandsbewohner, die eine viel bessere Kenntnis fremder Völker und Verhältnisse haben als wir: warum sollen die eigentlich nicht wenigstens die gleiche Rechte haben wie wir? Und warum hat unsere Außenpolitik ein Wirtschaftspolitik ähnlich bestritten, wie es die englischen Auslandsdeutschen tun? Technische Schwierigkeiten der Wahlausübung? Wie? Sie geben ihre Stimmen bei den Kom-



